

Erfolgreiche Rebellen

Wenn andere Wissenschaftler von der Mehrheitsmeinung abweichen, werden sie oft geächtet. Ökonomen bekommen dann erst recht Einfluss. *Von Patrick Bernau und Alexander Wulfers*

Fast könnte man meinen, es wäre alles schon wieder vergessen. Alles, was die deutsche Politik über Wissenschaft gelernt hat, damals in der Corona-Krise, und in der Klimadiskussion sowieso. Außenseiter mit Minderheitsmeinungen gibt es in der Forschung immer, das war die Lehre der vergangenen Jahre, und vielleicht stellt sich auch später einmal heraus, dass sie recht haben – aber deswegen sollte man nicht sofort die Mehrheitsmeinung verwerfen.

Ist das Coronavirus doch aus einem Labor in China entwichen? An diese wissenschaftliche Minderheitsmeinung wollte anfangs nur Donald Trump glauben. In der Klimadebatte gibt es zum Beispiel den dänischen Statistiker Björn Lomborg, der sich an den Rand der Wissenschaft katapultiert hat mit der These, dass es für die Menschheit größere Bedrohungen gebe als den Klimawandel, zum Beispiel dreckige Luft in Innenräumen in armen Ländern. Aufgeklärte Zeitgenossen weisen solche Thesen meistens weit von sich. „Follow the Science“, das heißt in der Regel: Folge der Mehrheitsmeinung, was in guter Wissenschaft manchmal schon schwer zu definieren ist. Aber doch zumindest nicht den wissenschaftlichen Außenseitern.

Umso bemerkenswerter ist, dass dieser Appell in der wirtschaftspolitischen Diskussion keine große Rolle spielt. Der Staat müsse sich nicht um die Schuldenquote scheren, das sei die moderne Geldtheorie, heißt es dann – eine These, die in der Wissenschaft mehrheitlich abgelehnt und trotzdem in sonst gut informierten Milieus geglaubt wird. Preisdeckel seien ein hilfreiches Mittel gegen steigende Energiepreise, sagt die deutsche Ökonomin Isabella Weber. So wurde ihre Idee zur Grundlage der Gaspreisbremse. Eine ganze Expertenkommission wurde eingesetzt, die daraus einen komplizierten Mechanismus erarbeitete, der zwar Gaspreisbremse heißen kann, aber gerade nicht so funktioniert, sondern ökonomisch sinnvoll.

Wie kommt es also, dass ausgerechnet in der Wirtschaftswissenschaft Minderheitspositionen so leicht Einfluss gewinnen können? So viel ist klar: Wenn wissenschaftliche Debatten politisiert werden, bekommen die Meinungen der Außenseiter größere Aufmerksamkeit. Oft liegt das daran, dass ihre Thesen manchen lieber sind. Trotzdem ist der Widerstand gegen ökonomische Extrempositionen kleiner als gegen die aus anderen Disziplinen.

Vielleicht hat die Ökonomik sich das selbst eingebrockt. Es ist noch nicht allzu lange her, da war die Volkswirtschaftslehre eine Ansammlung von Theorien, manche mit Annahmen, die politisch eher links zu verorten waren, andere mit Annahmen, die eher zu liberalen Ergebnissen führten. Die Liberalen waren lange in der Mehrheit. „Die Theorien sind oft eng mit der Weltanschauung verbunden“, sagt Oliver Nachtwey, der einst Volkswirtschaftslehre studiert hat, inzwischen aber als Soziologe in Basel lehrt. Da findet sich eine Einigkeit mit der Wirtschaftsweisen Ulrike Malmendier: Inzwischen arbeite die Ökonomie viel mehr mit empirischen Daten als früher, sagt sie – aber früher hätten Volkswirte oft theoretisch argumentiert. Und je theoretischer die Thesen waren, desto schwieriger ließ sich sagen, welche Seite recht hat. Jeder konnte sich dem Lager anschließen, das seiner Politik am nächsten stand.

Vielleicht sind die Deutschen einfach noch an die alten Zeiten gewöhnt, in denen auch kontroverse ökonomische Ideen nicht so leicht faktenbasiert diskutiert werden konnten. Hier jedenfalls sind vier Ökonomen, deren Thesen von den meisten Kollegen abgelehnt werden und die trotzdem populär sind:

Isabella Weber

Selten ist eine Ökonomin so plötzlich ins Zentrum der Medienöffentlichkeit katapultiert worden wie Isabella Weber. Vor anderthalb Jahren war sie noch eine in Deutschland weitestgehend unbekannte, aber fachlich vielversprechende junge Forscherin an der University of Massachusetts, Amherst.

Dann kam der Dezember 2021. Die Inflation lag in Deutschland erstmals seit Langem bei 5 Prozent, in den USA bei 7.

In einem Gastbeitrag im britischen „Guardian“ sprach sich Weber deshalb für „eine systematische Betrachtung strategischer Preiskontrollen“ aus. Die Reaktion prominenter Kollegen fiel überwiegend negativ aus. Preiskontrollen sind unter Ökonomen ein Tabu, obschon Weber nuancierte wirtschaftshistorische Bezüge zur Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg herstellte. Nobelpreisträger Paul Krugman nannte ihren Vorschlag „wirklich dumm“ – und entschuldigte sich später für seine Wortwahl. Über Weber war

Isabella Weber, 36, macht sich für Preisdeckel stark.
Foto Laif

Stephanie Kelton, 53, hält hohe Staatsschulden für unbedenklich.
Foto Laif



da schon ein Shitstorm hereingebrochen, der sensiblere Persönlichkeiten für immer aus der öffentlichen Debatte verschleucht hätte.

Weber aber ließ sich nicht unterkriegen. Als im Februar 2022, noch vor Kriegsbeginn, der Gaspreis in ungeahnte Höhen kletterte, wagte sie sich erneut an die Öffentlichkeit und warb gemeinsam mit dem Kollegen Sebastian Dullien für einen Preisdeckel. Nachdem der Gaspreis sich im Sommer noch einmal vervielfacht hatte und die Rufe nach staatlicher Hilfe lauter wurden, war Weber plötzlich eine gefragte Gesprächspartnerin in Medien und Politik. In einem großen Umbruch wie der Pandemie würden „Ideen relevant, die vorher lange vergessen waren“, erklärt sich Weber die Diskrepanz zwischen ihrer Außenseiterstellung in der Wissenschaft und ihrem medialen Echo. Unter Ökonomen gebe es zuweilen eine „gewisse Geschichtsvergessenheit“. Und in Zeiten großer Veränderungen könnten die Medien schneller umschwenken.

Die Bundesregierung berief Weber schließlich in die Kommission für die Ausarbeitung der Gaspreisbremse. Weber war nun, so hieß es in Porträts großer deutscher Medien, die Frau, auf die die Regierung hört. Als das Magazin „New Yorker“ vor Kurzem schrieb, die Kommission habe sich „nach wenigen Wochen auf Webers Preisdeckelplan als Lösung geeinigt“, stieß das manchen Kommissionsmitgliedern sauer auf. Die Vorsitzende Veronika Grimm warf der Zeitschrift auf Twitter „schlechten Journalismus“ vor, die Kommission habe „alles getan, um einen Preisdeckel zu verhindern“. Weber sagt dazu: „Natürlich werden Vorschläge in Zeitungsartikeln nie eins zu eins in Gesetze umgesetzt. Dennoch folgt die Gaspreisbremse unserem Grundmodell.“ Es sei immer Teil ihres Vorschlags gewesen, „Preissignale da zu erhalten, wo sie effektiv Sparanreize setzen, ohne Existenzen zu gefährden“.

Stephanie Kelton

Wenige Ökonominen waren in den vergangenen Jahren in den amerikanischen Medien so gefragt wie Stephanie Kelton. Die 53-jährige Professorin an der Stony Brook University im Bundesstaat New York ist das prominenteste Gesicht der Modern Monetary Theory (MMT). Deren Kernaussage lautet: Ein Staat könne, wenn er seine eigene Währung ausgibt, in dieser Währung niemals pleitegehen. Deshalb sei die Staatsverschuldung auch kein Hindernis für notwendige Ausgaben. Staatliche Investitionen sollten sich an den real

verfügbaren Ressourcen orientieren und nicht am Kontostand.

Unter Ökonomen gilt die MMT als Nischenphänomen, wenn nicht gar als gefährlich, weil ihre Rezepte zu hoher Inflation führen könnten. Die prominentesten Vertreter des Fachs hielten sich in ihrer Kritik nicht zurück. Der ehemalige demokratische Finanzminister Larry Summers etwa bezeichnete die MMT als „ein Katastrophenrezept“, der Harvard-Professor Kenneth Rogoff als „Modern Monetary Nonsense“.

Dem Erfolg Keltons tat die Kritik keinen Abbruch. 2016 beriet sie den Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders. Auch die Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez, die sich für einen „Green New Deal“ starkmacht, sympathisierte zwischenzeitlich mit der Theorie. MMT solle „Teil des Gesprächs“ sein, forderte sie. Keltons Buch „Der Defizit-Mythos“ schoss 2020 in die Bestsellerlisten – zu einem Zeitpunkt, als die Realität der MMT recht zu geben schien: Die Regierung nahm zuvor unvorstellbare Mengen an Geld in die Hand, um die Wirtschaft während der Corona-Lock-



Mathias Binswanger (rechts), 60, attestiert dem Kapitalismus einen Wachstumszwang.
Foto Philipp Rohner

Niko Paech (links), 62, will das Wachstum abschaffen.
Foto Wolfgang Eilmes



downs zu stabilisieren. Und die Inflation blieb – erst einmal – niedrig. 2021 widmete die „New York Times“ Kelton ein großes Porträt mit der Überschrift „Time for a victory lap?“. Dann stiegen die Inflationsraten. Seitdem tourt Kelton durch die Nachrichtensendungen, um zu erklären, dass der Angebotsschock, den Pandemie und Ukrainekrieg ausgelöst haben, die MMT nicht widerlege.

Niko Paech

Seitdem in den Siebzigerjahren der Club of Rome vor den „Grenzen des Wachstums“ warnte, hat die Vergrößerung des Bruttoinlandsprodukts bei vielen Menschen einen schweren Stand. Der Klimawandel hat die Frage, wie viel die Wirtschaft noch wachsen kann, noch drängender gemacht. Der Ökonom Niko Paech, Professor an der Universität Siegen, steht hierzulande wie kein anderer für die Idee, die heute oft mit dem Begriff „Degrowth“ in Verbindung gebracht wird. Paech selbst spricht lieber von Postwachstumsökonomie, das sei eine präzisere Kategorie. Und er sagt: „Die von uns erschaffene globalisierte Wirtschaft ist ein Kartenhaus.“ Die Menschen in den Industrienationen lebten ökologisch über ihre Verhältnisse.

Unter Ökonomen ist ein Ende des Wirtschaftswachstums nicht mehrheitsfähig. In der breiteren Öffentlichkeit kommt die Wachstumskritik aber gut an. Im vergangenen Jahr war das Buch „Das Ende des Kapitalismus“ der Journalistin

Ulrike Herrmann mit ähnlichen Thesen wochenlang auf Platz eins der Sachbuch-Bestsellerliste. Und in einer Umfrage von Infratest Dimap sagten im November 46 Prozent der Befragten, dass wir auf Wirtschaftswachstum verzichten müssen, um den Klimawandel zu stoppen. Seinen Außenseiterstatus sieht Paech optimistisch: „Die Front bröckelt.“ Jeden Tag bekämen weitere Kollegen ein Einschen.

Mathias Binswanger

Der Schweizer Mathias Binswanger ist eine Art Gegenpol zur Degrowth-Bewegung – und steht damit ebenfalls außerhalb des ökonomischen Mainstreams. Bei Politikern und in der Bevölkerung kommt er mit seinen Thesen gut an. In seinem Heimatland gehört Binswanger, der in St. Gallen und Olten lehrt, zu den einflussreichsten Wirtschaftswissenschaftlern, so zeigt es ein Ranking der „Neuen Zürcher Zeitung“.

Binswanger sieht in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einen „Wachstumszwang“ – anders als die meisten Ökonomen, die Wachstum für wünschenswert, aber nicht zwingend halten. Die Alternative zu Wachstum, sagt Binswanger, sei nicht Stillstand, sondern Wohlstandsverlust. Der ökonomische Mainstream sei zu fokussiert auf Publikationen und Zitationen in Fachzeitschriften: „Das Thema ist sekundär.“ Dem entgegen stünden Ökonomen wie er, die sich mit Fragen beschäftigen, die auch die Öffentlichkeit interessieren.

